

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Verzeichnis der zitierten Schiedsverfahren	23
Teil I Einführung	36
A. Investitionsschutz im Mehrebenensystem – Eine vergleichende Untersuchung	36
I. Die wirtschaftspolitische Bedeutung des Energiesektors	38
II. Investitionsschutzrechtliche Regelungsregime im Energiesektor	41
III. Die Rechtsfolgen eines Verstoßes	46
IV. Der Investitionsschutz unter Geltung des Grundgesetzes	49
V. Der Dualismus zwischen Investorenschutz und Allgemeinwohl	53
VI. Berechtigung der Untersuchung	55
B. Methodologische Vorbemerkungen	56
I. Die Relevanz der rechtsvergleichenden Methode in der Rechtswissenschaft	56
II. Typologische Einordnung des Investitionsschutzrechtes	57
III. Die Methode der Verfassungsvergleichung	59
IV. Anwendung auf die Untersuchung – Investition als normativer Rechtsbegriff	62
C. Gang der Untersuchung	65
Teil II Grundlagen	68
A. Einführung – Der Schutz ausländischer Investitionen im Völkerrecht	68
I. Investitionsschutz im Völkerrecht	69
1. Der fremdenrechtliche Mindeststandard im Völkergewohnheitsrecht	69
2. Internationale Investitionsschutzabkommen	76
3. Der Einfluss menschenrechtlicher Konventionen	77

II. Die unterschiedlichen völkerrechtlichen Quellen des Investitionsschutzrechts	78
B. Der Energy Charter Treaty als sektorales Investitionsschutzabkommen	79
I. Historische und wirtschaftspolitische Bedeutung	79
1. Die wirtschaftspolitische Ausgangslage	79
2. Die European Energy Charter im Kontext der Ost-West-Annäherung	80
3. Verhandlung und Ratifikation des Energy Charter Treaty	81
4. Der Energiechartaprozess im Lichte der Anforderungen des Energiesektors	84
II. Förderung und Schutz von Investitionen in Teil III des Abkommens	85
III. Schlussfolgerungen	87
C. Investitionsschutz in der Europäischen Menschenrechtskonvention	87
I. Bedeutung der Konvention im Mehrebenensystem	88
II. Entwicklung eines Eigentumsrechtes auf Ebene des Europarates	92
III. Das Eigentumsrecht zwischen liberaler und sozialer Demokratie	94
D. Investitionsschutz im deutschen Verfassungsrecht	95
I. Die liberale Wirtschaftsverfassung unter dem Grundgesetz	95
II. Investitionsschutzrechtliche Normierungen im Grundgesetz	98
III. Die rechtlichen Folgen der Energiewende für die Bundesrepublik Deutschland	99
E. Investitionsschutz im Recht der Europäischen Union	102
I. Das Unionsrecht im europäischen Mehrebenensystem	102
II. Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union	103
III. Primärrechtlicher Rahmen des Energiesektors in Art. 194 AEUV	103
IV. Investitionsschutzrechtliche Normierungen im Unionsrecht	105
V. Verpflichtungsadressaten der europäischen Grundrechte und Grundfreiheiten	105
VI. Investitionen im Lichte der Europäischen Energiepolitik – Die Energieunion	108

VII. Bedeutung und Implikationen für die folgende Untersuchung	109
F. Schlussfolgerungen	110
Teil III Investitionsbegriff	113
A. Einführung – Anwendungsbereich des Investitionsschutzrechts	113
I. Die funktionalen Unterschiede der Regelungsregime	113
II. Investitionsschutzrechtlich relevante Vermögenswerte im Energiesektor	115
1. Genehmigungen und Lizenzen	116
2. Forderungen aus Investor-Staat-Verträgen	117
3. Kapitalbeteiligungen an Gesellschaften	119
4. Unternehmen und Vermögen	120
B. Investitionen unter dem Energy Charter Treaty	120
I. Investition – Anwendungsbereich des ECT <i>ratione materiae</i>	121
II. Die Auslegung in der Schiedsrechtsprechung	122
1. Kapitalbeteiligungen und Unternehmenswert (<i>goodwill</i>)	123
2. Genehmigungen und öffentlich-rechtliche Forderungen	124
III. Ausschluss illegaler Investitionen	127
IV. Die Bereichsausnahme (<i>carve-out</i>) für steuerliche Maßnahmen	130
V. Bewertung des Investitionsbegriffs unter dem Energy Charter Treaty	132
VI. Investor – Anwendungsbereich des ECT <i>ratione personae</i>	134
C. Investitionen unter der Europäischen Menschenrechtskonvention	136
I. Grundlagen – Artikel 1 des Ersten Zusatzprotokolls	136
II. Der isolierte Schutz berechtigter Erwartungen	138
III. Unternehmensbeteiligungen als Eigentum in der Rechtsprechung des EGMR	139
IV. Sonstige investitionsschutzrechtlich relevanten Vermögenswerte	140
V. Bewertung des Investitionsbegriffs unter der Konvention	144
D. Investitionen im deutschen Grundgesetz	146
I. Grundlagen	146
II. Unmittelbar geschützte Vermögenswerte – Eigentum im Sinne des Art. 14 GG	146
1. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	146
2. Die Normprägung des Eigentums	148

3. Investitionsschutzrechtlich relevante Vermögenswerte	149
a. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen als verfassungsrechtliches Eigentum	152
b. Forderungen aus Investor-Staat-Verträgen	154
c. Kapitalbeteiligungen an Gesellschaften – Anteilseigentum	158
d. Unternehmen und Recht am Gewerbebetrieb	161
e. Vermögen als solches	164
4. Bewertung – Die Nutzungsbefugnis als entscheidendes Kriterium	165
III. Mittelbar geschützte Vermögenswerte	166
1. Schutz der gesellschaftsinternen Willensbildung über Art. 9 Abs. 1 GG	167
2. Investitionen im Rahmen der Berufsfreiheit gemäß Art. 12 GG	168
a. Schutzbereich der Berufsfreiheit	168
b. Investitionsschutzrechtliche Relevanz	169
3. Die allgemeine Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit	171
4. Investitionen im Rahmen des Vertrauensschutzes und der Verhältnismäßigkeit	174
IV. Bewertung des Investitionsbegriffs im grundgesetzlichen Sinne	174
E. Investitionen im Recht der Europäischen Union	176
I. Einführung	176
II. Die Unionsgrundrechte	176
1. Eigentumsrecht gemäß Art. 17 GRC	177
a. Allgemein geschützte Vermögenswerte	178
b. Öffentlich-rechtliche Vermögenswerte	180
c. Kapitalbeteiligungen	182
d. Der Schutz des Unternehmens	183
e. Vermögensschutz	185
f. Bewertung des unionalen Eigentumsbegriffs	185
2. Investitionen im Rahmen der Berufsfreiheit und unternehmerischen Freiheit	186
a. Grundlagen und Unterscheidung	186
b. Investitionsschutz im Rahmen der unternehmerischen Freiheit	188
c. Investitionen im Rahmen der Wettbewerbsfreiheit	189
d. Bewertung	190
III. Der allgemeine Rechtsgrundsatz des Vertrauensschutzes	191

IV. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes	191
V. Bewertung des Investitionsbegriffs im Recht der Europäischen Union	194
F. Schlussfolgerungen	195
Teil IV Enteignung und Sozialbindung	201
A. Einführung – Die Dichotomie zwischen Enteignungen und Sozialbindung	201
B. Enteignungen unter dem Energy Charter Treaty	203
I. Einführung – Das Enteignungsregime des Art. 13 ECT	203
II. Formen der Enteignung unter dem ECT	205
III. Indirekte Enteignungen unter dem ECT	207
1. Schwere des Eingriffs als notwendige Bedingung einer indirekten Enteignung	211
a. Allgemeine Auslegung in der Investor-Staat-Streitbeilegung	212
b. Konsistenz der Schiedsrechtsprechung zum Energy Charter Treaty	215
2. Schwere des Eingriffs als auch hinreichende Bedingung einer indirekten Enteignung	217
3. <i>Legitimate expectations</i> im Rahmen der indirekten Enteignung	221
4. Bewertung der Beschränkung der staatlichen Regulierungsautonomie	223
IV. Enteignung vertraglicher Rechte (<i>contractual rights</i>)	224
V. Rechtmäßigkeitsanforderungen an eine Enteignung gemäß Art. 13 ECT	226
1. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	227
2. Die Berechnung der Entschädigungshöhe	229
a. Bemessungszeitpunkt für die Schadensberechnung	230
b. Die Berechnungsmethode der Entschädigungshöhe	231
VI. Bewertung des Enteignungsregimes unter dem ECT	233
C. Enteignung und Nutzungsregelung unter der EMRK	236
I. Einführung – Das Enteignungsregime des Art. 1 ZP 1	236
II. Formale Enteignungen	237
III. Sonstige Eingriffe in das Eigentum	239
IV. Unterscheidung zwischen Nutzungsregelung und <i>de facto</i> Enteignung	240

V. Rechtmäßigkeitsanforderungen an Enteignung und Nutzungsregelung	242
VI. Bewertung der Rechtsprechung des EGMR	249
D. Enteignung und Sozialbindung im deutschen Verfassungsrecht	250
I. Einführung	250
II. Differenzierung zwischen Enteignung und sonstigen Eingriffen	251
III. Voraussetzungen der Formalenteignung	259
1. Die Anforderungen an ein öffentliches Interesse	259
2. Zulässigkeit einer Legalenteignung	260
3. Verhältnismäßigkeit	261
4. Höhe der geschuldeten Entschädigung	262
5. Schlussfolgerungen: Die Formalenteignung im Vergleich	265
IV. Die ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung als Surrogat der alten Aufopferungsenteignung	265
1. Parameter und Kriterien des allgemeinen Abwägungsgebots	266
2. Die Regelungsfigur der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung	268
3. Höhe der geschuldeten Entschädigung	274
V. Institute der Staatsunrechtshaftung	275
1. Enteignender und Enteignungsgleicher Eingriff	276
2. Amtshaftung	281
3. Bewertung des Staatshaftungsrechts für die Untersuchung	285
VI. Bewertung des verfassungsrechtlichen Enteignungsregimes	286
E. Enteignung und Nutzungsregelung im Recht der Europäischen Union	288
I. Einführung	288
II. Rechtsfolgen der Unterscheidung	291
III. Sekundäre Forderungen über das unionale Staatshaftungsrecht	296
IV. Bewertung des unionsrechtlichen Enteignungsregimes	299
F. Schlussfolgerungen	300
I. Tatbestandsebene und Haftungsvoraussetzungen	300
II. Rechtsfolgenebene und Haftungsmodalitäten	304

Teil V	Vertrauensschutz	307
A.	Einführung	307
B.	Vertrauensschutz unter dem Energy Charter Treaty	308
I.	Einführung – Die Doktrin der berechtigten Erwartungen innerhalb des Gebots billiger und gerechter Behandlung	308
II.	Der FET Standard des Energy Charter Treaty im Systemvergleich	313
III.	Der Vertrauensschutztatbestand der Doktrin der <i>legitimate expectations</i>	315
IV.	Exkurs: Die Modifikationen im Energiesektor durch das Königreich Spanien	317
V.	Vertrauensgrundlage: Staatliche Handlungsformen	321
1.	Behördliche Handlungen	323
a.	Vertragliche Pflichten des Gaststaates	323
b.	Einseitige Erklärungen des Gaststaates	325
2.	Der allgemeine rechtliche Rahmen (<i>legal framework</i>) als Vertrauensgrundlage	328
3.	Schlussfolgerungen	334
VI.	Frustration des Vertrauens	335
VII.	Schutzwürdigkeit des Vertrauens	336
1.	Kausalität zwischen Vertrauensgrundlage und Investitionsentscheidung	336
2.	Sorgfaltspflichten des Investors und <i>due diligence</i>	337
3.	Die Abwägung der tangierten Belange im Sinne der Verhältnismäßigkeit	340
a.	Vertrauen auf Grundlage einer spezifischen Zusicherung	340
b.	Vertrauen auf Grundlage der allgemeinen Rechtslage	341
(1)	Parameter der Abwägung	342
(2)	Kriterien innerhalb der Abwägung	344
(3)	Bewertung	348
VIII.	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Doktrin der <i>legitimate expectations</i>	349
IX.	Schlussfolgerungen	350
C.	Vertrauensschutz im Rahmen der EMRK	352
I.	Einführung – Berechtigte Erwartungen im System der Konvention	352
II.	Vertrauensschutz innerhalb der Verhältnismäßigkeitsabwägung	353

III. Schlussfolgerungen	355
D. Vertrauensschutz im deutschen Verfassungsrecht	356
I. Einführung – Vertrauensschutz als Verfassungsprinzip	356
II. Vertrauensgrundlagen	359
1. Verwaltungshandeln als Vertrauensgrundlage	359
2. Gesetzgebung als Vertrauensgrundlage	361
3. Rechtsprechung als Vertrauensgrundlage	363
III. Dispositionen im Vertrauen auf den Hoheitsakt	365
IV. Schutzwürdigkeit des Vertrauens	365
1. Die Erforderlichkeit einer Abwägung im Sinne praktischer Konkordanz	365
2. Abwägung bei Verwaltungshandeln als Vertrauensgrundlage	367
3. Abwägung bei gesetzgeberischem Handeln als Vertrauensgrundlage	371
a. Die Terminologie des Bundesverfassungsgerichts	372
b. Anwendungsbereich und Zulässigkeit der echten (retroaktiven) Rückwirkung	373
c. Anwendungsbereich und Zulässigkeit der unechten (retrospektiven) Rückwirkung	376
d. Schlussfolgerungen	378
4. Die Berücksichtigung der im Vertrauen auf die Rechtslage erfolgten Investitionen	379
5. Die Schutzwürdigkeit des Vertrauens nach deutschem Verfassungsrecht	382
V. Die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen den Vertrauensschutz	383
VI. Schlussfolgerungen	384
E. Vertrauensschutz im Recht der Europäischen Union	387
I. Einführung – Vertrauensschutz und berechnete Erwartungen	387
II. Vertrauensschutz in der funktionalen Unionsverwaltung	388
III. Schlussfolgerungen für die mitgliedstaatliche Regulierungsautonomie	392
F. Schlussfolgerungen	393
Teil VI Schutz im staatlichen Verfahren	400
A. Einführung – Die Relevanz eines verfahrensrechtlichen Investitionsschutzes	400

B. Verfahrensrechte im Rahmen des Energy Charter Treaty	401
I. Einführung	401
II. <i>Denial of Justice</i> im Fremdenrecht	402
III. <i>Denial of Justice</i> und <i>Due Process</i> in der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit	405
IV. Das akzessorische Recht auf Beschwerde (<i>effective means provision</i>)	408
V. Die Möglichkeit einer Judikativenteignung	410
VI. Schlussfolgerungen	411
C. Verfahrensrechte unter der EMRK	412
I. Einführung	412
II. Die in Art. 6 Abs. 1 EMRK niedergelegten Verfahrensrechte	414
1. Investitionsschutz als zivilrechtliche Streitigkeit	415
2. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des auf Gesetz beruhenden Gerichts	416
3. Das Recht auf ein faires Verfahren gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 EMRK	418
4. Sonstige Verfahrensrechte	419
III. Schlussfolgerungen	421
D. Verfahrensrechte im deutschen Verfassungsrecht	422
I. Einführung – Grundlagen des prozeduralen Investitionsschutzes	422
II. Prozessgrundrechte im Gerichtsverfahren	423
1. Das Recht auf den gesetzlichen Richter	423
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	426
3. Das Recht auf ein faires Verfahren (<i>fair trial</i>)	428
III. Die Auslegung des geltenden Rechts und richterliche Rechtsfortbildung	430
IV. Der allgemeine Justizgewährungsanspruch und die Rechtsweggarantie	432
V. Rechtsstaatliche Anforderungen an Verwaltungsverfahren	435
VI. Schlussfolgerungen	438
E. Verfahrensrechte im Recht der Europäischen Union	440
I. Einführung – Rechtsschutz im Rahmen des dezentralen Unionsrechtsvollzugs	440
II. Der prozedurale Schutz im Gerichtsverfahren	442
1. Verfahrensrechte im Gerichtsprozess gemäß Art. 47 Abs. 2 GRC	443

Inhaltsverzeichnis

2. Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gemäß Art. 47	
Abs. 1 GRC	443
III. Der prozedurale Schutz im Verwaltungsverfahren	445
IV. Schlussfolgerungen	446
F. Schlussfolgerungen	447
Teil VII Schlussbetrachtung und Ausblick	451
Thesen der Untersuchung	455
Literaturverzeichnis	463